

Protest gegen neues Kita-Gesetz reißt nicht ab: „Wir sind entsetzt“

In die Novellierung eines 27 Jahre alten Kita-Gesetzes hatten Eltern, Erzieher und Träger viele Hoffnungen gelegt. Der Entwurf des Kultusministeriums hat stattdessen eine Protestwelle ausgelöst. Auch die Kita St. Maria-Regina in Berenbostel (Garbsen) macht mobil gegen die Pläne und erklärt warum.



Hannover. Neues Kita-Gesetz? Ja, bitte – aber nicht so! Die Kritik am Entwurf der Landesregierung für die Novellierung eines mittlerweile 27 Jahre alten Gesetzes reißt nicht ab. Auch die Eltern und Erzieher der Kita St. Maria-Regina in Berenbostel laufen Sturm gegen die Pläne, weil sie um die Qualität der Kinderbetreuung fürchten. Auch hier ist der Erziehermangel allgegenwärtig. Eine Ganztagsgruppe musste jetzt um ein Viertel zusammengestrichen werden. Den Abgang von zwei Erzieherinnen kann die Kita nicht ohne Folgen verkraften. Eine der vier derzeit in

der Notbetreuung befindlichen Kindergartengruppen wird daher bis zum Sommer statt bis 16.30 Uhr nur bis 14 Uhr betreut.

„Und wir sind ja kein Einzelfall. Wenn es so weiter geht, ist das nur der Anfang“, beschreibt Elternvertreterin Christine Wörtzel, deren Sohn Georg (5) zur betroffenen Gruppe zählt, das Problem des Fachkräftemangels. „Da hat die Politik jahrelang geschlafen“, sagt sie.

Dritte Kraft bleibt im Entwurf außen vor

Eine entbehrungsreiche Ausbildung ohne Lohn, dazu Rahmenbedingungen, die den heutigen Anforderungen immer weniger gerecht werden – der Beruf des Erziehers müsse dringend attraktiver gemacht werden, fordert Wörtzel. Ob die zwei vakanten Stellen in Berenbostel zum Start des kommenden Kita-Jahres wieder besetzt sind, ist unklar. Denn der Markt für Fachkräfte ist so gut wie leer gefegt. „Es ist schwierig“, bestätigt Kerstin Jennrich, Geschäftsführerin der katholischen Familienzentren der Kirchengemeinde St. Raphael, zu denen auch die Kita St. Maria-Regina gehört. Auf Ausschreibungen würden sich im Schnitt zwei Bewerber melden, häufig ohne die gewünschten Qualifikationen.

Neues aus dem NP-Newsroom

Unsere Übersicht zu den wichtigsten Nachrichten aus Hannover täglich gegen 13 Uhr in Ihrem E-Mail-Postfach.

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Entsprechend groß war die Hoffnung, das neue Kita-Gesetz könne die Standards in den Einrichtungen und somit auch den Erzieherberuf aufwerten. „Von diesem Entwurf sind wir allerdings entsetzt“, bringt Jennrich die Stimmung von Eltern und Mitarbeitenden auf den Punkt. **Inbesondere der Umgang mit dem Betreuungsschlüssel sorgt für Frust.** Aktuell müssen sich im Kindergartenbereich zwei Erzieherinnen oder Erzieher um bis zu 25 Kinder kümmern. Die Politik hatte mehrfach versprochen, dass – wie in den Krippen – auch in den Kindergärten die dritte Fachkraft pro Gruppe zur Regel wird. Im neuen Entwurf ist davon aber keine Rede mehr.

Mehr Kitas, aber immer weniger Fachkräfte

Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) verteidigt das Gesetz und betont, die dritte Kraft sei weiterhin das Ziel der Landesregierung. Allerdings führte er ausgerechnet den Fachkräftemangel als Grund dafür an, warum dieser Plan aktuell noch nicht umgesetzt werden kann. Schließlich sollten in das Gesetz keine leeren Versprechungen geschrieben werden, so der Minister. Eine Argumentation, die Jennrich so nicht gelten lässt. Aus ihrer Sicht könnte die Einführung der dritten Kraft auch so formuliert werden, dass damit noch kein Rechtsanspruch zu einem bestimmten Datum festgeschrieben wird, die nötige Finanzhilfe des Landes aber schon jetzt zugesichert wird. „Dann könnten die Träger eben selbst schauen, ob sie genügend Personal finden. Ich vermute, dass da her finanzielle Gründe im Vordergrund stehen.“

Lesen Sie auch

- [Langenhagen: Erzieherinnen und Stadt kritisieren neues Kita-Gesetz](#)
- [Kultusminister Tonne verteidigt massiv kritisiertes Kita-Gesetz](#)
- [Langenhagen erstattet keine Gebühren für Notbetreuung in Kita](#)

Nach dem jetzigen Entwurf bleibt es dabei: zwei Erzieherinnen oder Erzieher betreuen bis zu 25 Kinder. Viele Zeit, um auf persönliche Bedürfnisse einzugehen, bleibe da laut Jennrich nicht: „Kinder müssen häufig getröstet werden, weil die Kolleginnen und Kollegen das gar nicht anders schaffen.“ Auch die Anzahl der Verfügungsstunden für Arbeiten außerhalb der Gruppe bleibt nach dem jetzigen Entwurf unangetastet. 7,5 Stunden pro Woche und Gruppe für Dokumentationen, Förderpläne oder Dienstbesprechungen seien gemessen an den stetig steigenden Anforderungen längst „realitätsfern“.

Petition mit über 12.000 Unterschriften

„Wo soll das noch hinführen?“, fragt sich Elternvertreterin Christine Wörtzel. „Es werden zwar immer mehr Kitas gebaut, aber es fehlt an Fachkräften“, sagt sie. Umso wichtiger wäre ein Kita-Gesetz, das den Erzieherberuf aufwertet. „In den Kitas wird das Fundament der kindlichen Bildung gelegt. Das sollte auch entsprechend gewürdigt und vergütet werden.“ Die Personalnot

mit fachfremden Kräften aufzufangen, könne keine Dauerlösung sein.

Mittlerweile macht landesweit ein breites Bündnis aus Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Kita-Trägern mobil gegen den Gesetzesentwurf. Eine Petition hatten bis Freitag bereits über 12.000 Menschen unterschrieben. Kerstin Jennrich gibt sich kämpferisch: „Wir sind ein harter Gegner.“ Der Paritätische hat eine Postkartenaktion initiiert. Mehr als 10.000 Karten sind bereits in ganz Niedersachsen verteilt worden und sollen sich nun auf den Weg ins Kultusministerium machen. Auch im Landtag wird heftig über das Gesetz gestritten, das eigentlich im August 2021 in Kraft treten soll. **Die Opposition aus Grünen und FDP sieht in dem Entwurf eklatante Mängel.**

Von André Pichiri